

# Backnanger Kreiszeitung

Murrta-Bote  
Amtliches Bekanntmachungshlatt für



Backnanger Tagblatt  
den Rems-Murr-Kreis und die Große Kreisstadt Backnang

PDF-XChange  
Click to buy NOW!  
www.tracker-software.com

Zust  
(m/w)  
gesu  
Telefon 0719  
Backnanger

Nummer 281

Mittwoch, 4. Dezember 2024

www.bkz.de

Lokales

Stadt und Kreis



Foto: Alexander Becher

17 | Flexible Arbeitsmodelle

Hybride Modelle, die mobiles Arbeiten und Büropräsenz kombinieren, sind zunehmend gefragt. Bewerber fordern vor allem Flexibilität, eine gute Work-Life-Balance und moderne Arbeitsumgebungen, die zugleich Innovation und Produktivität fördern.

18 | Busverkehr im Wandel

In den kommenden Jahren wird sich nicht zuletzt wegen Stuttgart21 einiges beim Busverkehr im Rems-Murr-Kreis ändern. Betroffen ist vor allem das Remstal. So soll der Waldbus von Schorndorf zum Ebnisee in seiner jetzigen Form entfallen.

19 | Bischof zu Gast

Bischof Stanislaw Szzyrkoradiuk aus Odessa berichtet über die Hilfsarbeit der Kirche im Ukrainekrieg. Bei einer Messe in der Backnanger Johanneskirche spricht er über Solidarität und betet für Frieden in der Ukraine.

Rems-Murr-Sport



Foto: Alexander Becher

9 | Deutschlands Bester

Max Pfeil ist als Radsportler erfolgreich unterwegs. Nun feierte der Backnanger aber anderweitig einen deutschen Meistertitel. Er ist bundesweit bester Elektronik-Auszubildender für Energie- und Gebäudetechnik.

Ihr direkter Draht zu uns

- Anzeigen 071 91 / 808-114  
anzeigen@bkz.de
- Vertrieb 071 91 / 808-138  
leserservice@bkz.de
- Redaktion 071 91 / 808-170  
redaktion@bkz.de

10 | Börse



## Jeder Fünfte würde bei Kulturförderung sparen

Zwar hält jeder Zweite im aktuellen BaWü-Check Kulturförderung für eine Staatsaufgabe. Doch vor allem bei großen Kultureinrichtungen finden viele, man könnte sparen.

VON ANNIKA GRAH

STUTTGART. Kulturförderung hat auch in Baden-Württemberg keinen leichten Stand. Nur knapp jeder dritte Befragte im aktuellen BaWü-Check ist der Auffassung, dass das Land ausreichend Geld für Kunst und Kultur ausgibt. Nur jeder Vierte findet, dass mehr Geld in den Bereich fließen sollte. Und 20 Prozent sind der Ansicht, dass Baden-Württemberg weniger Geld in die Kulturförderung stecken sollte. Das ist das Ergebnis des BaWü-Checks, der Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag baden-württembergischer Tageszeitungen.

Wenigstens die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, dass Förderung und Unterstützung von Kultureinrichtungen Aufgabe des Landes ist. Nur jeder Vierte findet das nicht. Und noch einmal ein Viertel ist unentschieden. Vor allem jüngere und Kulturinteressierte sehen den Staat in der Verantwortung. Bei den Unter-30-Jährigen sind 67 Prozent der Ansicht, dass der Staat Kunst und Kultur fördern sollte.

Im Vergleich zu anderen staatlichen Aufgaben fallen die Kultureinrichtungen allerdings weit ab. Knapp zwei Drittel der Befragten sind der Ansicht, dass das Land bei Kultureinrichtungen wie Theatern oder Museen eher sparen soll. Nur 37 Prozent finden, der Staat sollte hier mehr Geld ausgeben. Nur bei großen Bauprojekten hätten noch mehr Menschen im Land lieber, dass der Staat spart. Anders sieht die Unterstützung bei Gesundheitseinrichtungen, der Ausstattung von Schulen oder der Ausstattung der Polizei aus. Hier finden 80 bis 90 Prozent der Befragten, dass das Land eher mehr Geld in die Hand nehmen sollte.

Dabei gehen die Menschen im Südwesten am seltensten in die Oper oder ins Ballett und am häufigsten ins Kino oder in die Bibliothek. Trotzdem fällt das Urteil, welche Institutionen Fördermittel erhalten sollten, uneinheitlich aus. Während 32 Prozent meinen, dass vor allem Einrichtungen gefördert werden sollen, die viel Publikum anziehen, halten es 28 Prozent für angemessen, wenn möglichst viele Institutionen Mittel erhalten. 22 Prozent fänden es am besten, wenn in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckende Einrichtungen unterstützt würden.

Leitartikel

32

Prozent der Befragten meinen, dass vor allem Einrichtungen gefördert werden sollen, die viel Publikum anziehen.

67

Prozent der Befragten im Alter unter 30 Jahren finden, dass der Staat Kunst und Kultur fördern sollte.



Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat ein Auge auf die Kultur.

Montage: Sebastian Ruckaberle

### Umfrage zur Zuständigkeit

„Sollte Kulturförderung Aufgabe des Staates sein?“



Grafik: Oliver

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, ID-Umfrage 6184/11

## Merz sieht Gemeinsamkeit mit Grünen

Grüne oder SPD – die Union ist sich uneins, wer als Koalitionspartner in Frage kommen könnte.

## Mehr Befugnisse für Polizei bei Waffenkontrollen

Kommunen sollen bei der Sicherung etwa von Weihnachtsmärkten entlastet werden. Innenminister Strohli beruhigt.

STUTTGART. Die Polizei soll künftig auf öffentlichen Veranstaltungen wie Weih-

anlasslose Waffenkontrollen bei öffentlichen Veranstaltungen und in Verbotszonen.

## DFB-Pokal: VfB spaziert ins Viertelfinale

Die Stuttgarter zeigen mit dem Sieg gegen Regensburg einen deutlichen Klassenunterschied.

REGENSBURG. Der VfB Stuttgart hat nach einer Radikal-Rotation das Viertelfinale erreicht und die Reise nach Berlin träumen lassen. Nübel, Maximilian Mittelstätt und Demirovic in der Startelf haben die Champions-League-Startelf mit 3:0 (2:0) beim chancenreichen Schlusslicht SSV Jahn Regensburg geschlagen.

Drei Tage vor dem Bundesfinale gegen den 1. FC Union Berlin werden auf sieben Positionen Veränderungen im Startelf mindestens eine Kaderänderung, die sich nicht nur auf ihr kompliziertes Projekt beschränken können. Ihr Ziel ist im Viertelfinale erfahren der Auslosung am 15. Dezember.

## Kommentar

### Knackpunkt für Schwarz-Grün

Merz braucht Optionen für ein Bündnis mit den Grünen. Doch ein Bündnis mit den Grünen könnte Wähler und Parteimitglieder verunsichern.

VON TOBIAS PETER

Als wahrscheinlichstes Bündnispartner gilt eine Koalition aus Friedrich Merz und die CDU/CSU. Die CDU/CSU-Verständnis: Es muss für sozialdemokraten noch eine Alternative geben. Sonst könnten sie die Wahl auch gleich ein leeres Versprechen und sagen: „Schreibt mir, wenn ihr bekommt es alles.“ Wenn Merz nun sagt, in der Sicherheitspolitik gebe es Gemeinsamkeiten zu den Grünen, ist das richtig. Es ist aber auch ein Zeichen, dass die CDU/CSU sich selbstbewusst aussuchen will.

Ein Bündnis zwischen Union und SPD ist möglich, wie Nord-Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg zeigen. Im Bund sind die CDU/CSU in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zwar groß. Das gilt aber nicht für die Migrationspolitik und SPD. Der Knackpunkt für ein Bündnis wäre die Migrationspolitik. Wenn sich zu einer härteren Linie fassende Zurückweisungen, wie Merz sie fordert, könnten.

Auch viele in der Union sind der Meinung, dass ihnen Schwarzer Schaden würde. Die eigene Partei würde sich hinterher beklagen, wenn die CDU/CSU ein Bündnis mit den Grünen eingegangen wäre. Dass viele das für ein Unglück halten, hat so mancher in CDU/CSU und der Anti-Grünen-Rhetorik.

## Bundesliga-R